

Friedenslogik und eine friedensverträgliche Sicherheitspolitik

Stellungnahme von Dr. Martin Quack

„Auf dem Weg zu einer Kirche des gerechten Friedens – Konsultation zur Vorbereitung eines Votums der Lippischen Landessynode zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr“

22.-23. März 2019 im Gemeindehaus der evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Bad Salzuflen

1. Einleitung

Die Beschäftigung mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist wichtig – allerdings wäre es eine sehr problematische Engführung, wenn nicht zugleich die Möglichkeiten der zivilen Krisenprävention und Friedensförderung in den Blick genommen werden.

Es gibt sehr gute Gründe, die vorhandenen Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung in Deutschland, in der EU, der OSZE und dem Europarat sowie in den Vereinten Nationen auszubauen sowie neue Instrumente zu entwickeln. Genauso wichtig ist es, die eigenen Anteile an Strukturen des Unfriedens zu erkennen und anzugehen. Dieses Plädoyer möchte ich anhand von zwei Punkten ausführen, die in der Entwicklungspolitischen Friedensarbeit eine wichtige Rolle spielen: Das Konzept der Friedenslogik und die Agenda 2030 der Vereinten Nationen.

Und noch eine Vorbemerkung: Spätestens seit der Resolution 1325 Frauen, Sicherheit und Frieden der Vereinten Nationen ist anerkannt, wie wichtig die Beteiligung auch von Frauen an Fragen der Sicherheit und des Friedens. Deshalb halte ich es für wichtig, dass auch Statements von Frauen eingeholt und berücksichtigt werden.

2. Friedenslogik und Sicherheitslogik

*Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit.
Denn der Friede muß gewagt werden. Friede ist das Gegenteil von Sicherung.
Dietrich Bonhoeffer*

Dieses bekannte Zitat von Dietrich Bonhoeffer aus seiner Rede am 28. August 1934 auf einer ökumenischen Konferenz auf der dänischen Insel Fanö macht die Spannung zwischen Sicherheit und Frieden auf:

Diese Spannung zwischen Sicherheit und Frieden, zwischen Sicherheitspolitik und Friedenspolitik, ist nicht neu und zugleich hochaktuell. Während etwa in Äußerungen der Bundesregierung Sicherheit und Frieden oft nebeneinanderstehen, gibt es einen wesentlichen Unterschied und eine Spannung zwischen einer politischen Logik, die im Kern auf Sicherheit baut, und einer solchen, die Frieden wagt:

Frieden ist per Definition immer nur miteinander möglich, Frieden *mit* anderen, es handelt sich um ein inklusives Konzept, um soziale Beziehungen mit möglichst wenig Gewalt.

Sicherheit als menschliches Grundbedürfnis definiert sich dagegen als Sicherheit *vor* etwas oder jemandem, also ein exklusives Konzept; es geht um die Abwehr von Bedrohungen. Der einzelne Akteur ist Ziel und

Maßstab des Handelns. Andere Akteure kommen insofern als Verbündete in Frage, als sie Mittel zum Zweck der Abwehr sein können. Ein Grundbedürfnis nach Sicherheit ist völlig normal und legitim. Gefährlich wird es, wenn wir immer mehr Feinde sehen und Beziehungen vor allem eingehen, um Verbündete zu haben, als Mittel zum Zweck.

Diese klare Unterscheidung zwischen Frieden und Sicherheit liegt dem Konzept der Friedenslogik zugrunde. Das Konzept geht zurück auf die Ablehnung der Logik und Praxis der Abschreckung mit Atomwaffen während des kalten Kriegs und auf das in den 1980er Jahren konkretisierte ökumenische Leitbild vom gerechten Frieden.

In dieser Stellungnahme greife ich auf verschiedene Publikationen und Vorarbeiten zurück, vor allem von Hanne-Margret Birkenbach und Sabine Jaberg, mit denen ich gemeinsam in der Plattform ZKB – das Netzwerk der Zivilgesellschaft zur Überwindung von Gewalt – zum Thema Friedenslogik arbeite (www.konfliktbearbeitung.de/friedenslogik).

Verschiedene Handlungslogiken

Aus der wesentlichen Unterscheidung zwischen Frieden und Sicherheit ergeben sich unterschiedliche Folgen, zwei verschiedene Handlungslogiken:

Wenn die Abwehr einer Bedrohung der Ausgangspunkt ist, dann ist das Problem und seine Ursache eindeutig auf der anderen Seite verortet, an der Quelle des Problems. Um sich selbst zu schützen und um die Gefahr abzuwenden, muss man sich wappnen. Aufrüstung, Abschreckung, Drohungen und notfalls der Einsatz von Gewalt können notwendig werden, um die eigene Sicherheit zu gewährleisten. Wenn dies zur Abwehr der Bedrohung nicht ausreicht und die eigene Existenz bedroht wird, erzwingt dies eine weitere Eskalation.

Es gibt dabei eine existenzielle Dimension: Sicherheit gewährleistet das physische Überleben, Unsicherheit gefährdet es. Deshalb können jederzeit alle Instrumente erforderlich sein, Militäreinsätze sind damit ganz normal, eben Teil der Logik.

Das heißt auch, dass die Sicherheitslogik keine immanrenten Grenzen hat, im Gegenteil: Hindernisse müssen beseitigt werden. Die Wahl der Mittel erfolgt rein funktional. Es gibt auch keine zeitliche Begrenzung, bei Bedarf muss präventiv – mit allen Mitteln – gehandelt werden. Alle Politikbereiche können relevant sein, es gibt keine Beschränkung auf einen Sektor. Auch der Raum ist unbegrenzt. Und es gibt keine Kriterien für die Kategorisierung als eine Sicherheitsbedrohung, die Entscheidung liegt beim einzelnen Akteur, d.h. hier beim Staat. Eine staatliche Gewaltenteilung ist für eine schnelle, effektive und sicherheitslogische Entscheidung eher eine Schwäche, sie ist unlogisch. Komplizierten politischen Kooperationssystemen wie der EU geht es ähnlich.

Wenn umgekehrt die Überwindung von Gewalt in den sozialen Beziehungen der Ausgangspunkt ist, wie in der entwicklungspolitischen Friedensarbeit, dann orientieren sich die Handlungen an der Prävention und Minderung von Gewalt. Das Problem der Gewalt lässt sich zumeist nicht klar auf einer Seite verorten, sondern erfordert eine Analyse, die Konflikte herausarbeitet und auch die eigene Rolle und Verantwortung in den Blick nimmt. Auf dieser Grundlage wird eine kooperative Problemlösung mit den am Konflikt Beteiligten angestrebt. Als Basis für diese Lösungsprozesse dient eine wechselseitige Anerkennung und eine daraus folgende gemeinsame Werteorientierung – etwa an den Menschenrechten. Friedenslogik will auch Schutz vor Gewalt erreichen, allerdings nicht auf paradoxe Weise durch Androhung bzw. Anwendung von Gewalt oder Machtüberlegenheit, sondern durch kooperative Beziehungen.

Beispiel: Umgang mit Menschen auf der Flucht

Aus der Perspektive der Sicherheitslogik werden Geflüchtete als Problem gesehen, das man kontrollieren und abwehren muss. Es entsteht außerhalb der Verantwortung von Europa, Deutschland, Lippe. Das Problem kann durch Maßnahmen bewältigt werden, die Menschen auf der Flucht abhalten, abschrecken, abwehren und auch sterben lassen. Mit solchen Maßnahmen glaubt man sich im Recht. Recht gilt es durchzusetzen.

Aus der Perspektive der Friedenslogik stehen die Menschen im Vordergrund, die Gewalt erleben, die aus Verhältnissen fliehen, in denen sie keine Lebenschancen haben. Dieses Leiden gilt es zu mindern, ihm gilt es vorzubeugen. Aus

friedenslogischer Sicht entsteht Fluchtverursachung in Konfliktzusammenhängen, an denen wir Europäer direkt oder indirekt beteiligt sind, weil wir unsere Interessen ungeachtet der Interessen in Herkunftsändern durchsetzen: Durch Waffenexporte, die Zerstörung der Märkte vor Ort durch subventionierte Exporte von Hähnchenfleisch o.ä., durch Waffenexporte, Landgrabbing, die Unterstützung autoritärer und korrupter Regime (etwa um Geflüchtete aufzuhalten) oder durch die weitere Anheizung des Klimas.

Wie in jedem anderen Konflikt steigen die Aussichten, durch konkrete Lösungen zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse beizutragen, mit der Erkenntnis und Bearbeitung der Eigenbeteiligung. Und wie können kooperative Beziehungen wachsen? Auf der internationalen Ebene geht es neben der Prävention und Beendigung von Kriegen auch um die engagierte Umsetzung des UN-Migrationspaktes (sichere, geordnete Migration fördern, Menschenhandel entgegenwirken) und eine bessere Finanzierung der Hilfe für Menschen auf der Flucht.

Eine Politik, die sicherheitslogisch vorgeht, bindet ungeheure Ressourcen, fördert die Sicherheitslogik bei anderen, kann das zugrundeliegende Problem verschärfen, kann zu gewaltsamen Eskalationen führen und erschwert damit eine friedenslogische Entwicklung. Ein Großteil der europäischen Politik zu Flucht und Vertreibung ist davon geprägt.

Die Rüstungspolitik ist die offensichtlichste Verkörperung von Sicherheitslogik. Ein 2019 auf über 42 Mrd. Euro erhöhter Etat für deutsches Militär ist der Ausdruck einer Politik, die vor allem Bedrohungen abwehren will – und nicht in erster Linie Gewalt überwinden. In der bisherigen Politik – in Deutschland und Europa – werden im Umgang mit gewaltsamen Konflikten Milliarden für die militärische Sicherheitslogik ausgegeben und nur Millionen für Zivile Konfliktbearbeitung, die der Friedenslogik folgt.

Die häufige Behauptung, dass wir alle doch im Grunde das gleiche Ziel haben, ist falsch. Es macht einen wesentlichen Unterschied, ob das oberste Ziel friedliche Beziehungen sind oder die Abwehr von Bedrohungen.

Auswege

Je mehr wir Friedenslogik verwirklichen, desto geringer wird der Bedarf an Sicherheitslogik. So könnten ohne weiteres bestehende wirksame Institutionen der Zivilen Konfliktbearbeitung gestärkt und ausgebaut werden: In Deutschland, EU und der UNO. Umgekehrt gilt: Je mehr Sicherheitslogik, desto weniger Aussichten auf gerechten Frieden. Also: Mehr Friedenslogik, weniger Sicherheitslogik

Die Sicherheitslogik kennt keine immanen Schranken der Eskalation, diese müssen von außen errichtet werden, das sind insbesondere internationales Recht und Gewaltenteilung sowie eine Stärkung und Demokratisierung der Vereinten Nationen. Sicherheit kann außerdem nicht nur national, sondern regional oder global gedacht werden. Regional war dies früher in Europa die „Gemeinsame Sicherheit“, global gibt es das Konzept der „Menschlichen Sicherheit“, in deren Zentrum der einzelne Mensch steht. Also: Friedensverträgliche Sicherheitspolitik

Das Streben nach Sicherheit wird andauern und Gewalt in der Politik wird nicht in absehbarer Zeit überwunden werden. Auf der internationalen Ebene sollten wir uns bei Krieg und Völkermord weiterhin die Frage stellen, wie noch mehr Gewalt verhindert werden kann. Dabei ist eine Refokussierung des Sicherheitsdiskurses notwendig, d.h. eine Einschränkung in der internationalen Diskussion auf personale Großgewalt (Kriege, Völkermord, folgenträchtige Terroranschläge). Also: Begrenzung des Sicherheitsdiskurses.

Es geht nicht darum, das menschliche Grundbedürfnis nach Sicherheit zu ignorieren, es muss auch von einer friedenslogischen Politik ernst genommen werden. Sie muss – trotz des Zitats am Anfang meines Vortrags – herausarbeiten, auf welche Weise sie Sicherheit ermöglicht. Also: Sicherheitsbedürfnisse berücksichtigen.

Vor allem muss eine friedensverträgliche Sicherheitspolitik der Friedenslogik untergeordnet werden. In diesem Sinne ist eine „friedenslogische Sicherheit“ denkbar, ein „sicherheitslogischer Frieden“ jedoch nicht.

3. Agenda 2030 als politischer Rahmen

Für eine solche Entwicklung, mehr Frieden zu wagen, gibt es einen wichtigen konzeptionelle Rahmen: In der internationalen Politik enthält die *Agenda 2030* viel Friedenslogik. Sie wurde im September 2015 von allen Staaten beschlossen, auch von der Bundesregierung. Diese nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen werden in Deutschland völlig unter Wert gehandelt. Deutschland ist seit 2015 offiziell Entwicklungsland, das erläutern etwa die jährlichen zivilgesellschaftlichen Schattenberichte zur Agenda 2030 (<https://venro.org/publikationen/detail/so-geht-nachhaltigkeit-deutschland-und-die-globale-nachhaltigkeitsagenda-2018/>)

Die Agenda 2030 erkennt den Zusammenhang zwischen Frieden und nachhaltiger Entwicklung an: Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden. Das Thema Frieden ist einer der fünf Grundpfeiler in der Präambel der Resolution und als eigenständiges Ziel zentral in der *Agenda 2030* verortet. Darüber hinaus ist Friedensförderung Querschnittsthema und Schlüsselziel. Das heißt: Frieden ist Grundvoraussetzung für die Erreichung anderer Ziele. Und umgekehrt: Frieden ist langfristig nur dann möglich, wenn es gleichzeitig gelingt, faire, sozial inklusive und gerechte Gesellschaften zu schaffen. Also Gesellschaften, die ein menschenwürdiges, würdevolles und erfülltes Leben für alle ermöglichen und Rahmenbedingungen bieten, in denen Menschen ihr Potential voll entfalten können.

Im Umgang mit gewaltsam ausgetragenen Konflikten gibt es auch in der deutschen Politik bereits einige Bausteine einer friedenslogischen Politik, viele weitere sind notwendig. In unserem Grundgesetz ist klar, was das Leitbild deutscher Politik sein soll, in der Präambel steht: „von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“ – nicht etwa der europäischen oder transatlantischen Sicherheit.

4. Rolle der Kirche: Militärische Gewalt überwinden

Frieden zu stiften ist ein zentraler Auftrag der Kirche. Und der Ökumenische Rat der Kirchen hat zum *Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens* aufgerufen, der darauf gerichtet ist, dass Menschen frei von Angst und Not werden. Das ist Friedenslogik. In der langfristigen kirchlichen Perspektive sollte es darum gehen, militärische Gewalt zu überwinden. Diese klare Perspektive ist wichtiger als den Versuch die bessere tagesaktuelle Außenpolitik zu formulieren und politische Kompromisse schon vorweg zu nehmen.

Genauso wichtig wie die das klare Ziel sind die klaren Konsequenzen im eigenen Handeln. Denn der Sinn und auch der Vorrang von ziviler Krisenprävention ist ein Allgemeinplatz – wer würde dem widersprechen? Die tatsächlichen politischen Prioritäten drücken sich finanziell aus und bleiben bisher klar auf dem sicherheitslogischen Umgang mit Konflikten durch Militär. Nur wenige gesellschaftliche Akteure setzen sich engagiert und systematisch für den Ausbau der zivilen Krisenprävention ein. Offensichtlich sind andere außen- und sicherheitspolitische Akteure nicht wirklich überzeugt, dass notwendig ist und wirkungsvoll wäre, die bestehenden Institutionen der zivilen Konfliktbearbeitung auszubauen und neue zu entwickeln.

Was würde passieren, wenn sich andere wichtige politische Akteure als die üblichen Verdächtigen engagiert und systematisch dafür einsetzen würden? Wir haben in dieser Konsultation gehört, wie stark Soldatinnen und Soldaten und ihre Angehörigen durch Auslandseinsätze belastet sind. Und wir haben gehört, dass es in der Bundeswehr Zweifel am Sinn und Zweck mancher Einsätze gibt, und dass die Politik zu schnell nach dem Instrument Bundeswehr greift. Was würde passieren, wenn etwa aus dem Bundeswehrverband – im Interesse der eigenen Mitglieder – eine Initiative für den Ausbau der zivilen Krisenprävention entwickelt würde? Und was könnte die Lippische Landeskirche dafür tun, neue Allianzen für den Ausbau ziviler Krisenprävention aufzubauen?

In Stellungnahmen und im Handeln sind klare Begriffe notwendig, deshalb greife ich abschließend drei Punkte auf, die in dieser Konsultation zur Sprache gekommen sind:

(1) Bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist die Mandatierung zentral. Es macht einen fundamentalen Unterschied, ob es um einen Auftrag im Rahmen eines Systems der „ gegenseitigen kollektiven Sicherheit“ geht oder um einen Auftrag eines Systems der „kollektiven Verteidigung“: Ein System der gegenseitigen kollektiven Sicherheit umfasst die Konfliktparteien und auch unbeteiligte Staaten. Es ist Ausdruck von Friedenslogik, trotz massiver Gegensätze eine gemeinsame Lösung zu suchen. Die UNO und die OSZE sind solche Systeme. Ein System der kollektiven Verteidigung dagegen ist ein Ausdruck der Sicherheitslogik, der Abwehr von Bedrohungen durch äußere Feinde. Es macht politisch und rechtlich einen großen Unterschied, in welchem Rahmen ein Auslandseinsatz der Bundeswehr stattfinden soll (s. www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/die-nato-verteidigungsbuendnis-oder-system).

(2) Häufig wird nach der „Wirksamkeit“ von ziviler Konfliktbearbeitung gefragt. Im Gegensatz zu militärischen Einsätzen gibt es in der entwicklungspolitischen Friedensarbeit zahlreiche Evaluationen, die öffentlich zugänglich sind, etwa des Zivilen Friedensdienstes (s. www.ziviler-friedensdienst.org/de/publikation/der-zivile-friedensdienst-synthesebericht). Und es gibt wissenschaftliche Erkenntnisse, dass und weshalb gewaltfreier Widerstand wirkungsvoller ist als Gewalt, wie in dieser Konsultation erwähnt wurde (s. www.friedensbildung-bw.de/fileadmin/friedensbildung-bw/redaktion/Aktuelles/Kurzfassung-Studie-Chenoweth_Stephan_Okt.2013.pdf). Die Frage nach der Wirksamkeit und der Effizienz der Auslandseinsätze der Bundeswehr ist dagegen viel offener, mir sind keine substanzielien und öffentlich zugänglichen Evaluationen bekannt.

(3) Die Frage nach dem Sinn von „zivil-militärischer Zusammenarbeit“ ist etwas irreführend, weil zivile und militärische Interventionen oft verschiedene Ziele haben. Es kann deshalb in vielen Fällen Kommunikation und Interaktion geben aber keine „Zusammenarbeit“. Insbesondere gilt dies für die Humanitäre Hilfe, die allein nach dem Maß der Not geleistet werden soll und nicht nach anderen politischen Kriterien (s. <https://venro.org/publikationen/detail/handreichung-interaktion-bundeswehr/>).

Auf dem Weg zu einer Kirche des gerechten Friedens gibt sehr gute Gründe, die vorhandenen Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung in Deutschland, in der EU, der OSZE und dem Europarat sowie in den Vereinten Nationen auszubauen sowie neue Instrumente zu entwickeln. Genauso wichtig ist es, die eigenen Anteile an Strukturen des Unfriedens zu erkennen und anzugehen. Das Konzept der Friedenslogik und der politische Rahmen der Agenda 2030 können dabei sehr hilfreich sein.

Kontakt

Dr. Martin Quack

mqu@martin-quack.de

www.martin-quack.de